



Wie friedlich ist die deutsche „Friedenspolitik“?

Im Januar, zwei Monate vor Beginn des Irakkrieges, denkt der oberste Militär eines Landes „laut FAZ <über bisher Undenkbares nach>. Über die Frage, <ob es richtig sein kann, nicht abzuwarten, ob man von einem anderen angegriffen wird, sondern sich gegen diese mögliche Gefahr vorsehend zu schützen und selbst die Initiative zu ergreifen.>“ Also: Präventivkrieg. Angreifen, ohne angegriffen worden zu sein.

Was meinen Sie, wie heißt der Denker? Rumsfeld? Hoon? Weit gefehlt. Sein Name ist Wolfgang Schneiderhan, seines Zeichens Generalinspekteur der Bundeswehr. (*junge welt*, 25.1.03) Das passt so gar nicht ins Selbstbild, das Bundesregierung und Medien über die deutsche Politik verbreiten, es passt auch nicht zu der Weltsicht vieler Deutscher. Als diese Meldung im Januar durch die Medien ging, hat sie leider keine Rolle auf den Kundgebungen der Friedensbewegung gespielt. Warum nur?

An bekannten Tatsachen kann es nicht liegen. Schröder brüstet sich schon seit Monaten öffentlich damit, niemand habe nach den USA so viele Soldaten im Ausland stationiert als Deutschland (10 000). Es sind gerade mal vier Jahre her, da gehörte Deutschland zu denen, die (ohne jeden UN-Beschluss übrigens) Jugoslawien per Angriffskrieg überfallen haben. Vollbesetzte Personenzüge, Schulen und Wohngebäude wurden bombardiert – erinnern Sie sich noch an die damalige Sprachregelung? Das waren „bedauerliche Kollateralschäden“ in einem „humanitären Einsatz“...

Seit zwei Jahren ist Berlin ganz selbstverständlich bei einem Präventivkrieg dabei. In Afghanistan. Auch dieser Krieg übrigens ohne UN-Mandat. Darauf verweisen wir nicht, weil wir Kriege mit UN-Mandat irgendwie besser finden, sondern weil es ziemlich scheinheilig ist, wenn man immer nur einer Seite diesen Vorwurf macht. Deutschland kann zwar (noch) nicht soviel wie die USA, aber dort, wo es (bereits) kann, verhält es sich im Prinzip kein bisschen anders gegenüber UNO und Völkerrecht als diese.

Ein schöner Friedenskanzler, der ausgerechnet die Schlussfolgerung aus dem Irakkrieg zieht, Europa müsse „ernsthaft über seine militärischen Fähigkeiten nachdenken“ (Schröder am 3.4.03 im Bundestag). Die Kanzlerrede habe „Zeugnis von einem in die Welt ausgreifenden Gestaltungsanspruch“ abgelegt, kommentierte die FAZ am Tag danach und kam damit den eigentlichen deutschen Beweggründen schon näher. „Verteidigungs“minister Struck hatte ja bereits am 5.12.02 keinen Zweifel an den deutschen Ambitionen gelassen und erklärt: „Die Sicherheit Deutschlands wird eben auch am Hindukusch verteidigt“. (Auch er stieß leider auf keinen nennenswerten Protest.) Die deutsch-französischen Pläne für ein militärisch aufgerüstetes „Kerneuropa“ sprechen Bände. Es soll als „Europäische Verteidigungsunion“ (EVU) mit gegenseitiger Bündnispflicht außerhalb der EU-Verträge gegründet werden und weitgehend unabhängig von der NATO operieren. Das Europäische Parlament hat sich bereits mit großer Mehrheit für eine neue „europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur“ ausgesprochen. Stärkere militärische Anstrengungen seien Voraussetzung, wenn die EU ein „glaubwürdiger Akteur auf der internationalen Bühne und ein freier Partner der Vereinigten Staaten“ werden wolle. Oder mit den Worten von Frau Beer, Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen: notwendig sei es, weltweite „Abrüstung auch durch Krieg zu erzwingen“. Dabei müsse man „eigenständig europäische Interessen formulieren“ „Europa muss stärker werden, auch militärisch“.

Jetzt verstehen wir das „Old Europe“ besser, für das die Partei von Frau Beer auf T-Shirts wirbt...

Alle gegen den Krieg – Alles okay?

Es ist gut, dass so viele Menschen wie noch nie gegen einen Krieg protestiert haben. Trotzdem haben wir so unsere Fragen.

* Als wir 1999 gegen den Angriffskrieg auf Jugoslawien protestierten, waren wir bundesweit nur einige tausend. Von vielen wurden wir als „Helfershelfer Milosevics“ beschimpft. Als wir gegen den Angriffskrieg auf Afghanistan demonstrierten, waren wir einige zehntausend. Beim Irak waren auf einmal alle gegen den Krieg, Millionen demonstrierten. Woher dieses extrem unterschiedliche Ausmaß der Proteste? Auffällig ist: Bei Jugoslawien musste man sich eindeutig gegen Deutschland und seine Regierung stellen. Bei Afghanistan

brauchte man noch ein bisschen gegen die Regierung sein, auch wenn sich das unter dem Eindruck von Schröders äußerst kurzlebiger „uneingeschränkter Solidarität“ für viele in der Sorge erschöpfte, dass „wir“ nicht „zu Bush's Vasallen“ werden dürften. Beim Irak konnte man sich dagegen in voller Übereinstimmung mit „seiner“ Regierung und „seinem“ Land fühlen. Und fast egal, welche Zeitung man aufschlug, welches Radio- oder Fernsehprogramm man einschaltete – ganz anders als bei früheren Anlässen brauchte man sich nicht gegen die veröffentlichte Meinung zu stellen, wenn man gegen diesen Krieg war.

* Berechtigte Kritik an der Politik der USA ist das eine. Aber spielte da nicht auch anderes mit? Hand aufs Herz – ist nicht von rechts bis links die Einstellung verbreitet, dass „wir“ in Deutschland, im „alten Europa“ halt doch ein wenig besser sind als „die Amis“? Geldgierig, brutal, niveau- und kulturlos – so ist der Kapitalismus. Wäre es nicht nötig gewesen, ihn zu kritisieren? Anstatt ihn quasi als persönliche Eigenschaft von bösen Menschen, sprich der US-Führung, darzustellen? Ist der Kapitalismus „bei uns“ nicht auch geldgierig, brutal, niveau- und kulturlos? Hätte man dies nicht gerade an der Rolle jener Firmen aufzeigen können, die das Saddam-Regime mit chemischen Waffen und Trägerraketen ausgestattet haben und von denen weit über die Hälfte aus Deutschland kam? Warum fand stattdessen das Bild von „denen“ soviel Anklang, denen es um den „schnöden Mammon“ geht, und „uns“, die wir „für das Gute, fürs Völkerrecht“, kämpfen?

* Sind fünfzehnjährige Schüler, die ihre Mitwelt per Transparent wissen ließen, wir Deutschen hätten aus unserer Geschichte gelernt nicht ein Symptom für ein reichlich selbstgerechtes Klima? Dieselben *Bundesministerinnen*, denen rechtzeitig zum diesjährigen Frauentag eingefallen ist, dass Krieg besonders Frauen und Kinder trifft, haben 1999 im Kabinett oder in ihrer Partei die Hand für den Einsatz der Bundeswehr im Angriffskrieg gegen Jugoslawien gehoben. Derselbe *Günther Grass*, der sich jetzt so beredt gegen den Irakkrieg geäußert hat, trommelte damals für den Einmarsch von Bodentruppen nach Jugoslawien. Amerikaner machen Krieg für Öl, Deutsche für die Humanität...

* All das veranlasst uns zu der Frage: Werden künftige Proteste gegen Kriege *mit Bundeswehrebeteiligung* das gleiche Ausmaß erreichen?

* Leider hat der Großteil der Friedensbewegung nur eine seltsam „halbe“ Kritik an der Bundesregierung geübt: während die Gewährung von Überflugrechten für die USA ins Visier genommen wurde, hat man zur jahrzehntelangen deutschen Unterstützung für das Saddam-Regime geschwiegen. Und, anders als in der Vergangenheit übrigens, auch zur deutschen Aufrüstungspolitik, mit der sich Berlin im Konkurrenzkampf gegen die USA zu profilieren sucht. Damit hat die Friedensbewegung dazu beigetragen, dass die Rolle Deutschlands in einem falschen Licht erschienen ist. Sie hat den Protest gegen den Irakkrieg nicht benutzt, um die Auseinandersetzung mit Aufrüstung und Großmachtspolitik Deutschlands voranzutreiben.

* Während die Friedensbewegung fordert, dass jetzt die Menschen im Irak ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen sollen, durfte ein Vertreter der irakischen Opposition, der als Kriegsgegner bekannt ist, nicht auf dem Stuttgarter Ostermarsch reden. Zur Ehre der Friedensbewegung sei allerdings gesagt, dass das z.B. in Mannheim anders war.

* „Wird die israelische Regierung einen Krieg gegen den Irak zu einer Vertreibung nutzen? ... Sharon hat seine Truppen angewiesen sich darauf vorzubereiten ‚hunderttausende‘ von Palästinensern von der Westbank nach Jordanien zu vertreiben... Während hunderttausende Soldaten in den... Irak einmarschieren und ihn besetzen, soll die Bevölkerung aus der Westbank nach Jordanien vertrieben werden.“ So ein Flugblatt des Palästinakomitees Stuttgart vom Februar. Entsprechende Aufrufe kursierten im Internet. Wird der Widerspruch zwischen Ankündigung und Wirklichkeit das Nachdenken über antizionistische Gewissheiten fördern?

Quellen: Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 3. April 2003 ; www.bundesregierung.de Amerika gibt es; FAZ 04.04.2003 Deutschland soll erwachsen werden. Der Kanzler setzt aufs Nationale. Ein riskantes Spiel; FASZ 06.04.2003 Dimension wie Brandts Ostpolitik. Linke Vordenker in der SPD sehen im Konflikt mit den USA die „Initialzündung“ für ein neues Europa; WamS 06.04.2003 Wiederaufbau nicht durch USA allein. Internationale Hilfen bieten auch deutschen Unternehmen eine Chance; SZ 26.03.2003 Wirtschaft hofft auf Nachkriegs-Aufträge; BZ 28.03.2003 „Wer bezahlt, der bestimmt“; Manager Magazin 28.03.2003 Neue Verteidigungsunion außerhalb der EU; Die Welt 10.04.2003 Kerneuropa will eigenen Generalstab und Schutztruppe; SZ 10.04.2003 Bundesregierung will EU-Verteidigung für Briten offenhalten; FAZ 11.04.2003 Bundesregierung uneins über „militärisches Kerneuropa“; SZ 11.04.2003 Berliner Lockrufe; FASZ 13.04.2003 Wie stark muss Europa sein, Herr Struck?; Tagesspiegel 13.04.2003 ; www.bundesregierung.de „Notfalls muss in der EU eine Gruppe vorangehen“; www.auswaertiges-amt.de „Europa muß militärisch stärker werden“. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt über den universellen Anspruch der Demokratie; FASZ 06.04.2003; taz 17.12.02 Die Büchse der Pandora ist offen; Minister Struck stellt Projektplanung der Bundeswehr vor www.bmvg.de

Informationen zur Deutschen Außenpolitik www.german-foreign-policy.com

Stuttgarter Friedensinitiative

**Gegen Militarismus, Rassismus, Antisemitismus und Antizionismus
Für einen wirklichen Frieden, aus dem kein Krieg mehr erwächst**

Wir sind ein Bündnis von Einzelpersonen. **Kontakt Tel 0711/560294** oder über das Friedensnetz (Tel 6071786, www.friedensnetz.de). Unsere Arbeit kann nur durch Spenden aufrechterhalten werden. Deswegen freuen wir uns über finanzielle Unterstützung. Konto: Friedrich Kern, Kto.-Nr. 3542 355 Postbank München, BLZ 700 100 80.

Besuchen Sie unsere Homepage: www.friedensnetz.de/Stuttgart/index2.htm